



Presse- mitteilung

HAUSANSCHRIFT Friedrichstraße 108, 10117 Berlin

POSTANSCHRIFT 11055 Berlin

TEL +49 (0)30 18441-2225

FAX +49 (0)30 18441-1245

INTERNET www.bundesgesundheitsministerium.de

E-MAIL pressestelle@bmg.bund.de

Berlin, 4. Februar 2011

Nr. 7

Bundesgesundheitsministerium verurteilt weibliche Genitalverstümmelung

Die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit, Annette Widmann-Mauz, MdB verurteilt jegliche Form von weiblicher Genitalverstümmelung. Mit Blick auf den Internationalen Tag „Null Toleranz gegenüber weiblicher Genitalverstümmelung“ am 6. Februar sagte **Annette Widmann-Mauz**: „Die erschreckenden Praktiken der weiblichen Genitalverstümmelung sind Menschenrechtsverletzungen, die durch keine kulturellen oder religiösen Traditionen gerechtfertigt werden können. Die Mädchen und Frauen erleiden vielfach für uns unvorstellbare Qualen. Neben den akuten körperlichen Verletzungen sind auch bleibende Schäden an Körper und Seele die Folge. Für Betroffene ist es wichtig, dass ihre Ärztinnen und Ärzte gut informiert und sensibel mit ihrer besonderen Situation umgehen und auf sie eingehen können. Deswegen wird das Bundesministerium für Gesundheit auch weiterhin gemeinsam mit der Ärzteschaft auf mehr Information, Aufklärung und Sensibilisierung hinwirken.“

Nach Schätzung der Weltgesundheitsorganisation leiden weltweit etwa 140 Millionen Frauen unter den Folgen von Genitalverstümmelungen. In rund 28 afrikanischen,

aber auch in einigen arabischen und asiatischen Ländern werden Frauen durch Genitalverstümmelung gequält und lebenslang verstümmelt. Die Problematik gewinnt durch die Migration von Menschen aus Kulturkreisen, in denen weibliche Genitalverstümmelung praktiziert wird, auch in Deutschland zunehmend an Bedeutung.

Das Bundesministerium für Gesundheit hat den Schwerpunkt seiner Aktivitäten auf die Sensibilisierung der Ärzteschaft gelegt. So hat es unter anderem in Zusammenarbeit mit der Bundesärztekammer dafür Sorge getragen, dass Empfehlungen zum Umgang mit Patientinnen nach weiblicher Genitalverstümmelung erarbeitet und verbreitet wurden. Zudem hat es die Problematik auch bei internationalen Fachveranstaltungen zum Thema Gewalt aufgegriffen.

Weitere Informationen unter www.bundesgesundheitsministerium.de.